

1919: Erste Kontakte mit den Schweizer Behörden und Kündigung des Zollvertrages mit Österreich

Zwei Gründe sind es, die das Zögern im Verhalten von Volk und Regierung erklären können:

Nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie erklärte die erste Nationalversammlung den neuen Staat Deutschösterreich als einen Bestandteil des Deutschen Reiches. Damit war eine gewisse Erwartung für unser Land verbunden, sich vielleicht an ein neuentstehendes grosses Wirtschaftsgebiet anschliessen zu können, aber der Friedensvertrag von St. Germain verbot verständlicherweise den Anschluss Österreichs an Deutschland.

In unserem Lande war durch die jahrhundertelangen Verbindungen mit Vorarlberg eine traditionelle Freundschaft entstanden, die ein plötzliches Umdenken erschwerte.

Ein Beispiel im Sinne der Beibehaltung des Zollvertrages finden wir noch im Februar 1919: Als Österreich die Getränkesteuern, die auf Grund des Zollvertrages auch in Liechtenstein anwendbar waren, erhöhte, gab unsere Regierung die Zustimmung und erklärte bei dieser Gelegenheit, dass das Land bereit sei, den Zollvertrag weiterhin einzuhalten.

Der Landtag hatte sich zu dieser Zeit überhaupt noch nicht mit dem Suchen nach neuen Lösungen befasst, und auch in den Regierungsakten ist zunächst noch nichts niedergelegt, was die so entscheidende Frage betrifft.

Erste Kontakte mit der Schweiz

Erst am 5. April 1919 finden wir im *Protokollbuch der Regierungssitzungen* folgenden Eintrag: «Kündigung des Handelsvertrages durch die Schweiz (Schweiz-Österreich). Beschluss: Zur Kenntnis genommen. *Verhandlungen sollen frühzeitig aufgenommen werden.*» Bei dieser knappen Bemerkung handelt es sich um folgenden Sachverhalt: Die Schweiz hatte am 6. März den Vertrag aus dem Jahre 1906 mit einjähriger Frist gekündigt, der von der alten österreichisch-ungarischen Monarchie auch im Namen des Fürstentums Liechtenstein geschlossen